

Tobias Müller

DIE

WURZELN

DES

POPULISMUS

Eine Ideengeschichte in
den USA des 19. Jahrhunderts

[transcript] Histoire

Aus:

Tobias Müller

Die Wurzeln des Populismus

Eine Ideengeschichte in den USA des 19. Jahrhunderts

August 2020, 344 S., kart., Dispersionsbindung

40,00 € (DE), 978-3-8376-5300-7

E-Book:

PDF: 39,99 € (DE), ISBN 978-3-8394-5300-1

Populismus ist in aller Munde und die Frage nach seiner inhaltlichen Bestimmung rückt ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Ein Rekurs auf die namensgebende Protestbewegung in den USA des ausgehenden 19. Jahrhunderts wird hierbei jedoch meist vermieden. Tobias Müller fragt daher nach dem politischen Denken jener historischen Populisten und kommt zu überraschenden Ergebnissen, die mindestens den deutschsprachigen Forschungskonsens revidieren. Im Vergleich zu heutigen Charakterisierungsversuchen – anti-pluralistisch, traditionalistisch, anti-intellektualistisch – war der Populismus ursprünglich erstaunlich progressiv und an der Beförderung öffentlicher Debatten interessiert, die sich über eine weit verbreitete Symbolpolitik erheben sollten.

Tobias Müller (M.A.) lehrt Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Greifswald. In den Jahren 2015 und 2019 war er Gastwissenschaftler und Lecturer an der New School for Social Research in New York City.

Weitere Informationen und Bestellung unter:

www.transcript-verlag.de/978-3-8376-5300-7

© 2020 transcript Verlag, Bielefeld

Inhalt

Einleitung	7
Forschungsstand	10
Zum Begriff des politischen Denkens	17
Methode	20
Untersuchungsgegenstand und Quellenauswahl	27
Aufbau der Arbeit	30
1. Das politische Denken Thomas Jeffersons	35
1.1 Kontextualisierung: Unabhängigkeit und Verfassungsgebung	35
1.2 Politisches Denken	52
1.2.1 Jefferson Anthropologie – Über die natürliche Moralität des Menschen ...	57
1.2.2 <i>States, wards</i> und das Ideal kleiner Gemeinwesen	67
1.2.3 Partizipation und Repräsentation	76
1.2.4 Jeffersons politische Ökonomie	91
2. Das politische Denken der <i>Jacksonian Democrats</i>	115
2.1 Kontextualisierung: Demokratisierung und <i>Market Revolution</i>	115
2.2 Politisches Denken	131
2.2.1 Das demokratische Prinzip	137
2.2.2 Die Demokratisierung des Präsidentenamtes	149
2.2.3 <i>Laissez faire!</i>	167
2.2.4 Der <i>Bank War</i> und die Folgen	185
2.2.5 Auf dem Weg in die Marktgesellschaft?	194
3. Das politische Denken der Populisten	205
3.1 Kontextualisierung: <i>Corporate capitalism</i> und politischer Stillstand	205
3.2 Politisches Denken	223
3.2.1 Rationalisierung und ›saubere‹ Politik	224

3.2.2	Direkte Demokratie und republikanisches Bürgerideal.....	242
3.2.3	Fallstricke des <i>laissez faire</i> -Prinzips	256
3.2.4	<i>Cooperative commonwealth</i>	274
Fazit		297
Quellen- und Literaturverzeichnis		311
Quellen		311
Zeitungen und Magazine		311
Editionen und Gesammelte Schriften		311
Sonstige Quellen		312
Offizielle Dokumente und Statistiken		316
Literatur		316

Einleitung

Spätestens seit dem 20. Januar 2017 ist die Frage, ob wir gegenwärtig einen populistischen Moment erleben, zum Gegenstand weltweiter Diskussionen geworden (Jörke/Selk 2017: 9). An jenem 20. Januar wurde Donald J. Trump in Washington ins Amt des US-Präsidenten eingeführt und all jene, die auf eine Tonfalländerung qua Amtsübernahme gehofft hatten, mussten sich eines Besseren belehren lassen (vgl. Thunert 2018: 503). »For too long«, so Trump, »a small group in our nation's Capital has reaped the rewards of government while the people have borne the cost. Washington flourished – but the people did not share in its wealth. Politicians prospered – but the jobs left, and the factories closed. The establishment protected itself, but not the citizens of our country.« Nun sei es an der Zeit, die Macht nicht nur von einer Regierung auf die nächste zu übertragen; »today«, so Trump weiter, »we are transferring power from Washington, D.C. and giving it back to you, the American people.« (Trump 2017)

Für warnende Stimmen (vgl. Müller 2016a; Ders. 2016b) ebenso wie für jene, die auf einen progressiven »linken Populismus« hoffen (Mouffe 2018a), ist jene Rhetorik, die einen unüberbrückbaren Gegensatz zwischen Elite und Volk propagiert, konstitutiver Bestandteil des Populismus im späten 20. und frühen 21. Jahrhundert (vgl. Mudde/Kaltwasser 2017). Wo Erstere einen mit-schwingenden Antipluralismus fürchten, propagieren Letztere die Konstruktion eines Volkes, das gegen die rückschrittlichen Eliten kämpfen und auf diese Weise gesamtgesellschaftlich emanzipatorisch wirken soll. Bemerkenswerterweise wird die gegenwärtige Debatte um Wesen und Bewertung des Populismus jedoch unter weitgehender Ausblendung seiner historischen Erscheinungsformen geführt. Im Falle Jan-Werner Müllers führt dies zur »somewhat awkward« (Frank 2018) Schlussfolgerung, dass »die von den Farmern getragene *People's Party* am Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert in den USA

[...] größtenteils gar nicht populistisch« war (Müller 2016b: 28) – wenngleich die Farmer sich selbst als Populisten bezeichneten.

Jenem historischen Populismus, der in Müllers Populismusverständnis gar nicht als populistisch zu klassifizieren ist, wendet sich die vorliegende Arbeit zu. Ihr Gegenstand ist das politische Denken der Populisten im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts. Zwar widmen sich viele historische Darstellungen diesem Kapitel der amerikanischen Geschichte. Doch typischerweise werden die Populisten hier in ein geistesgeschichtliches Narrativ eingeordnet, das wesentliche Merkmale ihres Denkens verzerrt. Deswegen sollen in dieser Arbeit die Konturen des populistischen Denkens durch einen vergleichenden Blick geschärft werden. Die Vergleichsobjekte sind hierbei zum einen das politische Denken Thomas Jeffersons und zum anderen das politische Denken der *Jacksonian Democrats*. Die Vergleichsfälle wurden aus zwei Gründen gewählt: Zum einen finden sich in der Forschung, wie im nächsten Abschnitt dargelegt wird, dort, wo überhaupt auf die ideengeschichtlichen Vorläufer der Populisten eingegangen wird, in der überwältigenden Mehrheit der Fälle Verweise auf Jefferson und/oder die *Jacksonians*. Zum anderen, und vermutlich ist hierauf die in der Forschung oftmals postulierte Traditionslinie von Jefferson über die *Jacksonians* zu den Populisten zurückzuführen, lassen sich jene drei Akteure beziehungsweise Akteursgruppen als Teile des im weiteren Sinne demokratischen Denkens in den ersten rund 100 Jahren nach Gründung der US-amerikanischen Republik verstehen. Jefferson, den *Jacksonians* und den Populisten ging es dem eigenen Empfinden nach um die Verteidigung der republikanischen beziehungsweise demokratischen Ordnung.¹ Hierbei grenzte sich Jefferson von den seines Erachtens monarchischen *Federalists*² ab und die *Jacksonians* bekämpften die ihrer Meinung nach aristokratisch-elitären *Whigs*. Bei den Populisten wandelte sich das Feindbild dann zwar insofern, als nunmehr vor allem mächtige Wirtschaftsakteure zur Bedrohung für die US-amerikanische Demokratie ausgerufen wurden, es ging jedoch dem eigenen Selbstverständnis nach weiterhin um die Verteidigung Letzterer.

1 Bekanntermaßen wurde der Begriff Demokratie noch zur Zeit der Verfassungsgebung von vielen pejorativ verwendet. Erst in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts sollte sich dies ändern.

2 Gemeint ist die parteienähnliche Bewegung, nicht die Autoren der berühmten *Federalist Papers*.

Die jeweiligen Sorgen um den Fortbestand der US-amerikanischen Demokratie waren hierbei in der historischen Wirklichkeit fundiert. Wie beispielsweise Karl Loewenstein (1957: 17) bemerkt, kann Jeffersons Wahl zum US-Präsidenten (1800) nicht nur aufgrund dessen als Meilenstein auf dem Weg zur Stärkung der US-amerikanischen Demokratie begriffen werden, dass hiermit der erste Machtwechsel innerhalb des noch jungen Staates in unblutiger Weise vollzogen wurde, sondern vor allem aufgrund dessen, dass Jeffersons »Sieg [...] die eigentliche Vervollständigung der amerikanischen Revolution [war], da sie den Griff der wohlhabenden Oberschicht auf die Regierungsmaschinerie brach.« Nachdem sich die *Federalists* ob ihrer Haltung zum zweiten britisch-amerikanischen Krieg (1812-1815) selbst abschafften, bestand bis in die frühen 1830er Jahre praktisch eine Einparteienherrschaft, während welcher die *Republicans* mit James Madison, James Monroe und John Quincy Adams den jeweiligen US-Präsidenten stellten. Dass sich mit den *Whigs* 1832 eine neue parteipolitische Kraft gründete, war insbesondere auf das Wesen und Wirken des ab 1828 im Weißen Haus residierenden Andrew Jackson und dessen *Democratic* beziehungsweise *Democratic-Republican Party* zurückzuführen. Hierbei argumentierten die *Whigs* ihrerseits, dass Jackson und die Seinen die Stabilität der Republik gefährden würden, und zwar vor allem durch die unheilvolle Stärkung der Exekutive, weshalb die Rede von »King Andrew I.« in ihren Reihen die Runde machte. Wie auch immer jene Auseinandersetzungen im Einzelnen zu beurteilen sind, unstrittig ist, dass abermals die Frage nach Wesen und Sicherung der republikanisch-demokratischen Ordnung im Zentrum der politischen Konflikte stand³ und abermals lässt sich kaum bestreiten, dass die Debatten in der soziopolitischen Wirklichkeit fußten, beispielsweise in der erwähnten Stärkung des Präsidentenamtes, die aus Sicht der *Jacksonians* wenig überraschend anders zu beurteilen war als aus Sicht der *Whigs*. Die Populisten schließlich, die das Gründungsdokument ihrer parteipolitischen Manifestation, die Omaha Platform, nicht zufällig am geschichtsträchtigen 4. Juli 1892 verabschiedeten, stellten ebenfalls die Sicherung der revolutionären Errungenschaften ins Zentrum ihres politischen Projekts.⁴ Die Demokratie wurde ihrer Ansicht nach von mächtigen privatwirtschaftlichen Akteuren bedroht, deren Wirken

3 Vgl. hierzu Hildenhagen (2017).

4 Zwischen den 1840er und 1870er dominierten die »burning issues of race and Union« die politischen Auseinandersetzungen in den USA (vgl. Ackerman 1998: 248; vgl. Ashworth 1995: 367; Wilentz 2005a: 242).

der monarchischen Willkürherrschaft, gegen die sich die Gründergeneration in den 1770er Jahren zur Wehr gesetzt hatte, in nichts nachstand. »[M]onarchy is bad because it is arbitrary power, whether it be political or industrial«, wie Henry D. Lloyd, einer der führenden populistischen Intellektuellen, bemerkte (Lloyd 1894: 498).

Alle drei in der vorliegenden Arbeit diskutierten Akteure beziehungsweise Akteursgruppen können vor diesem Hintergrund dem republikanisch-demokratischen Lager zugerechnet werden, was die Annahme ideeller Verbindungslinien zwischen ihnen, so man von der Existenz Letzterer überhaupt auszugehen mag, durchaus plausibel macht. Die im Rahmen dieser Arbeit zu beantwortende Frage lautet dementsprechend, inwiefern die Populisten im ausgehenden 19. Jahrhundert als ideelle Wiedergänger Jeffersons und der *Jacksonian Democrats* angesehen werden können.

Forschungsstand

Die Frage nach den ideengeschichtlichen Wurzeln des politischen Denkens der Populisten hat die äußerst umfangreiche Forschung zum US-amerikanischen Populismus erst vergleichsweise spät und auch dann nur für einen überschaubaren Zeitraum umgetrieben. Dominiert wurden die Debatten um Wesen und Bewertung des populistischen Aufstandes lange Jahre – in gewisser Weise bis zum Erscheinen der letzten umfangreichen Studie von Charles Postel (2007) – von der Frage, ob es sich bei den Populisten um progressive Kräfte handelte, deren Reformprogramm bereits ins 20. Jahrhundert wies, oder ob man es nicht vielmehr mit rückwärtsgewandten Hinterwäldlern zu tun hatte, von denen in erster Linie ein »Paranoid style in American Politics« (Hofstadter 1964) überdauerte, der den Nährboden für die Kommunistenhetze unter Joseph McCarthy bereitete.

Ralf Schimmers (1997) überzeugender Periodisierung folgend, lässt sich die diesbezügliche Forschung in vier Phasen unterteilen.⁵ Bis in die 1950er Jahre herrschte demnach ein »naiv-affirmatives Populismusbild« (ebd.: 89) vor, das wesentlich von den so genannten progressiven Historikern entworfen worden war. Die wichtigste, weil wirkmächtigste Publikation dieser ersten Periode war John D. Hicks' *The Populist Revolt* (1931). Hicks porträtierte die

5 Vgl. auch Miller (1993).

Populisten vor dem Hintergrund der sich dem Ende zuneigenden Westexpansion der USA als Fortschrittsverlierer, denen an der Erlangung des ihnen aus ihrer Perspektive zustehenden Teils des nationalen Aufschwungs gelegen war. In eine ähnliche Kerbe, den Fokus jedoch auf die Südstaaten gerichtet, sollte zwei Dekaden später C. Vann Woodward's *Origins of the New South* (1971: Kap. IX) schlagen. Hierbei begriffen sowohl Woodward als auch Hicks die Populisten als rationale Akteure, deren Protest begründet und nachvollziehbar gewesen sei. Eben jene Attribuierung sollte dann in der zweiten Welle der Populismusforschung in Frage gestellt werden.

Jene setzte mit Richard Hofstadters *The Age of Reform* (1955) ein. Deutlich differenzierter als Victor C. Ferkiss' ebenfalls 1955 formuliertes Diktum, demzufolge die Populisten direkte Vorläufer des US-amerikanischen Faschismus im 20. Jahrhundert gewesen seien,⁶ durchzieht Hofstadters essayistisch gehaltenes *The Age of Reform* gleichwohl ein negativer Grundtenor. Hofstadters an rezipierter Primärliteratur armer Text bedient sich eines sozialpsychologischen Instrumentariums, um die Populisten als von Abstiegsängsten gepeinigte Mittelstandsangehörige porträtieren zu können. Ihnen sei weniger an einer ernsthaften Kritik der bestehenden Verhältnisse gelegen gewesen als an der Verhinderung der eigenen sozioökonomischen Deprivation, weshalb die Verantwortungsdelegation des eigenen Schicksals an imaginierte Sündenböcke eines der herausragenden Merkmale des populistischen Protestes gewesen sei.⁷

Die dritte Forschungswelle versuchte in der Folge unter Rückgriff auf das bis dahin wenig ausgeschöpfte Quellenmaterial die spiegelbildlichen Überhöhungen und Verurteilungen des populistischen Aufstandes in ein ausbalancierteres Verhältnis zu setzen. Insbesondere die Behandlung des temporären »Populismus« als Teilmenge eines überhistorischen, negativ konnotierten Phänomens »populismus«, das mit Hofstadters Studie eingesetzt hatte (vgl. Jäger 2017), wurde von den Historikern jener dritten Generation zurückgewiesen. »Unter Ablehnung soziologischer Methoden bekräftigte sie, dass der während der fünfziger Jahre abhanden gekommene sozialgeschichtliche »Populismus« und nicht sein dispositionales Abstraktum »populismus« der eigentliche

6 »American fascism had its roots in American populism; it pursued the same ends and even used many of the same slogans« (Ferkiss 1955: 174).

7 Vgl. zur Genese Hofstadters These Marotta (2016). Im deutschsprachigen Raum hat Franz Neumann in seinem breit rezipierten Artikel zu »Angst und Politik« (1954) eine Hofstadter vergleichbare Argumentation bemüht, weshalb es nicht überrascht, dass auch Neumann die Populisten als irrationale Kleingeister betrachtet.

historiographische Kernbereich sei, der über das Wesen der populistischen Bewegung zu entscheiden habe.« (Schimmer 1997: 98) Die Folge war eine Vielzahl empirischer Einzelfallstudien, die die revisionistische Lesart Hofstadters ihrerseits revidierten. Eines der herausragenden Werke jener Zeit war Walter T.K. Nugents 1963 erschienenes *The Tolerant Populists* (2013),⁸ in welchem er die Populisten in Kansas in Anbetracht eines umfassenden Quellenstudiums vom Vorwurf der Bigotterie und des Antisemitismus entlastete. Kurz zuvor hatte sich bereits Norman Pollack mit seinem *The Populist Response to Industrial America* (1962) daran gemacht, das Zerrbild der selbstbezogenen populistischen Interessenpolitik zu korrigieren und die Populisten stattdessen als ernstzunehmende Sozialkritiker eines sich rasant wandelnden Landes zu zeichnen. Vor allem attestierte Pollack dem populistischen Protest jedoch progressiv und zukunftsgerichtet gewesen zu sein, sich den sozioökonomischen Realitäten des ausgehenden 19. Jahrhunderts also gerade nicht verweigert zu haben, wie Hofstadter dies behauptet hatte. Weniger auf das politische Denken denn auf die politische Praxis zielend bescheinigte O. Gene Clanton (1984) den Populisten schließlich, genuin progressive Kräfte gewesen zu sein, die beispielsweise erstmals Regierungstätigkeit im sozialpolitischen Sektor forderten und dies 20 bis 30 Jahre bevor jene Forderung im Rahmen des so genannten *New Deal* Wirklichkeit werden sollte.

Auch Bruce Palmers Deutung (1980) des populistischen Protestes kann als wohlwollend bezeichnet werden; allerdings befindet er ihre Haltung zu den sich wandelnden Gegebenheiten und der modernen Welt als von Ambivalenzen durchzogen, die wesentlich auf ihre ideologische Verankerung im ausgehenden 18. und der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zurückzuführen seien. Diese hätten es den Populisten nicht erlaubt, ihre umfangreiche Sozialkritik in ein der sozialen Wirklichkeit gemäßes Reformprogramm zu transformieren. Wie gleich zu zeigen sein wird, ist Palmers Arbeit für die vorliegende Studie Inspiration und Herausforderung zugleich; seine Deutung blieb jedoch auch jenseits der Frage nach der ideengeschichtlichen Verankerung des populistischen Denkens nicht unwidersprochen. Namentlich Elizabeth Sanders (1999) und Charles Postel (2007) haben die Populisten im Anschluss an die Arbeiten Pollacks, Clantons und anderer wieder ohne größere Einschränkungen als modern klassifiziert und sie zu Vorläufern des Progressivismus im frühen 20. Jahrhundert erklärt (vgl. Miller et al. 2009).

8 Der Verweis erfolgt auf die mit einem neuen Vorwort versehene zweite Auflage von 2013.

Gerade Postel ist hierbei daran gelegen,⁹ das Denken der Populisten zu rekonstruieren. *The Populist Vision*, so Postel, »explores what these men and women were thinking.« (Postel 2007: 4) Aufgrund des lange Zeit vorherrschenden ereignisgeschichtlichen Zugriffs auf den populistischen Protest ist Postels Studie von besonderer Bedeutung für die hier vorliegende Untersuchung, indem sie ganz grundlegend nachgewiesen hat, dass »Populism embodied a remarkable intellectual enterprise.« (Ebd.) Eben dies war aufgrund Hofstadters einflussreicher Interpretation, die die Populisten im Kern als erfolgsorientierte Kleinunternehmer porträtiert und ihr Denken somit zum Epiphänomen herabgesetzt hatte, lange Zeit unterbelichtet geblieben, wenn nicht sogar geleugnet worden. Wenngleich auf breiterer Quellenbasis und vor dem Hintergrund einer modifizierten Fragestellung knüpft Postel hiermit an die Arbeiten progressiver Provenienz wie diejenigen Pollacks¹⁰ an, indem er die Populisten als Ideengeber wieder ernst nimmt.¹¹

In dem zuletzt skizzierten Feld lässt sich auch die vorliegende Studie verorten, die nach dem Verhältnis des populistischen Denkens zu jenen Ideengebäuden fragt, die für den Zeitraum 1776 bis 1840 in aller Regel als demokratische Gegenspieler zum teilweise hegemonialen und teilweise oppositionellen elitären Denken begriffen werden. Jene Stichwortgeber der US-amerikanischen demokratischen Tradition sind Thomas Jefferson und Andrew Jackson beziehungsweise die *Jacksonian Democrats*.

Eine der wenigen Arbeiten, die sich dieses Themas nennenswert annimmt, ist Bruce Palmers bereits erwähnte »*Man over Money*«. *The Southern Populist Critique of American Capitalism* (1980). Aufgrund seines nicht vergleichenden Blicks spricht Palmer allerdings eher beiläufig von dem »Jeffersonian-Jacksonian heritage«, womit er sich auf die besondere Rolle des Farmers bezieht, der für Jeffersons Denken ebenso zentral gewesen sei wie für jenes der Populisten, sowie auf einen Produzentenethos, der Letztere mit den *Jacksonians* verbunden habe.¹² In ähnlicher Weise spricht O. Gene Clanton von einem Republikanismus in der Tradition Jeffersons und

9 Sanders schließt eher an die Arbeiten von Clanton an, indem sie ihren Fokus darauf richtet, was die Populisten (in der Legislative) *taten*.

10 Neben dem bereits zitierten *The Populist Response to Industrial America* sind dies *The Just Polity* (1987) und *The Humane Economy* (1990).

11 Hiervon legen auch Postels tagespolitische Interventionen unter Rückgriff auf die Populisten des ausgehenden 19. Jahrhunderts Zeugnis ab. Vgl. Postel (2012), Ders. (2013a) und Ders. (2013b).

12 Ähnlich Ritter (1999: 190).

der *Jacksonians*, der konstitutiv für das Denken der Populisten gewesen sei (Clanton 1969). Im deutschsprachigen Raum wird das revolutionäre Erbe, das in das politische Denken der Populisten eingegangen sei, vermehrt in liberalen Begrifflichkeiten gefasst. Hans Vorländer (1997: 149-153), der sich den Populisten jedoch lediglich auf wenigen Seiten annimmt, sieht sie als Teil des von ihm postulierten »Hegemoniale[n] Liberalismus« und Hans-Jürgen Puhle (1975: 125) schlägt sie mit seiner Behauptung, die Populisten seien Anhänger sozialdarwinistischer Glaubenssätze gewesen, einer bestimmten Spielart des Liberalismus in der Ära nach Ende des US-amerikanischen Bürgerkrieges zu.¹³

Die umfangreichste Diskussion des populistischen politischen Denkens im deutschsprachigen Raum findet sich jedoch bei Karin Priester. Priesters Studie ist zunächst aufgrund dessen von besonderem Interesse, dass sie den Populismus als Ideologie erst nimmt, ihn also nicht lediglich als eine spezifische Politikform beziehungsweise als Rhetorik versteht, sondern als politisches Denken, dem ein klar identifizierbarer ideeller Kern zu eigen sei. Dieser ist für Priester in der fundamentalen Ablehnung des modernen Staates zu sehen respektive in einem »frühliberale[n] Ideal staatsfreier ökonomischer Selbstständigkeit und Selbstorganisation« (Priester 2007: 23; vgl. ebd.: 50).¹⁴ Aufgrund des Feindbildes des modernen Staates attestiert Priester dem Populismus einerseits eine konservative Grundposition, andererseits auf Grundlage des imaginierten Ideals »staatsfreier ökonomischer Selbstständigkeit und Selbstorganisation« libertär-anarchistische Elemente (ebd.: 48). Wie im Hauptteil der vorliegenden Studie gezeigt wird, sind alle von Priester vertretenen Annahmen hinsichtlich des ideologischen Kerns des Populismus höchst problematisch. Weder lassen sich die Populisten umstandslos als rückwärtsgewandt klassifizieren, noch lässt sich vor diesem

13 Zu jener Spielart vgl. White (2017: 172-213). Jene »Gilded Liberals«, so White, waren »people who in many, but not all, respects would be called conservatives in the twenty-first century« (ebd.: 172).

14 Wenngleich Priester bemerkt, dass der Populismus jedwede Form von Machtkonzentration ablehne, *big business* also ebenso verachte wie *big government*, macht sie wenig später klar (Priester 2007: 16f.), dass »[d]ie bürokratische Klasse«, die »Neue Klasse« als staatsnahe Steuerungselite [...] für Populisten der Gegner schlechthin [ist]« (ebd.: 27). Im Folgenden heißt es dann noch expliziter, dass der »eigentliche Gegner des Populismus [...] die Sozialdemokratie im weitesten Sinne einschließlich der US-amerikanischen Politik des New Deal, und der von ihr getragene moderne Wohlfahrtsstaat [ist]« (ebd.: 43; vgl. ebd.: 69).

Hintergrund davon sprechen, dass das von ihnen formulierte normative Ideal in einer Wiederherstellung jener verlorenen Vergangenheit bestünde.

Basierend auf ähnlichen Gründen grenzt sich die vorliegende Arbeit auch von John F. Hughes' (1994) Überlegungen hinsichtlich des politischen Denkens zweier der von mir untersuchten Akteursgruppen ab. In »The Jacksonians, the Populists and the Governmental Habit« argumentiert Hughes, dass die Populisten »can best be understood as a distant, attenuated aftershock of Jacksonian Democracy.« (Ebd.: 6) Die »world views of the Jacksonians and the Populists«, so Hughes, »were essentially the same.« (Ebd.: 17) Beide hätten eine präkapitalistische Wirtschaftsordnung mit ungefähr gleichverteiltem Wohlstand imaginiert, einer »essentially static conception of economic reality« (ebd.: 13) angehängen und die wirtschaftliche Entwicklung kritisch beäugt.¹⁵ Aufgrund einer für beide Bewegungen zentralen »labor theory of value«, gemäß derer persönlicher Wohlstand nur das Ergebnis harter Arbeit und somit ein langwieriger Prozess sein konnte, hätten sowohl *Jacksonians* als auch die Populisten große Wohlstandsdisparitäten nur als Ergebnis betrügerischer Praktiken begreifen können, was schließlich zu einer gesellschaftspolitischen Perspektive geführt hätte, die die Welt in »victims« and »victimizers« unterteilte. Dass sich vor diesem Hintergrund die Forderungen beider Bewegungen fundamental voneinander unterschieden – auf der einen Seite das uneingeschränkte Bekenntnis zum radikalen *laissez faire*-Prinzip, auf der anderen Seite das, was Elizabeth Sanders (1999: 173) als »statist agenda« bezeichnet hat –, ist für Hughes gerade nicht Ergebnis eines unterschiedlichen »world view«, sondern lediglich eine *policy*-Entscheidung.

Genau dies bezweifelt die vorliegende Studie. Entgegen der Behauptung, der zufolge wir nur mit strategischen *policy*-Entscheidungen konfrontiert würden, die prinzipiell allen untersuchten Akteursgruppen offen gestanden hätten, möchte ich die These vertreten, dass sich in Abhängigkeit von sozio-ökonomischen Transformationsprozessen gerade die Weltsicht der Akteure änderte, was den Möglichkeitsraum der jeweils zugänglichen normativen Visionen zwar nicht determinierte, aber doch soweit eingrenzte, dass, um bei Hughes zu bleiben, beispielsweise den *Jacksonians* ein Eintreten für eine wie auch immer geartete »statist agenda« nicht möglich war. Solche prinzipiellen Unterschiede finden sich zwischen allen drei hier untersuchten Akteursgruppen, weshalb ich meine, dass es nicht plausibel ist, von einer Traditionslinie von Jefferson über die *Jacksonians* bis zu den Populisten zu sprechen, wie

15 Letztere These findet sich auch bei Priester (2007: 42).

dies alle mir bekannten Studien tun, die sich zumindest oberflächlich mit ideengeschichtlichen Traditionszusammenhängen zwischen zweien oder dreien der Akteursgruppen auseinandersetzen.

Einer der wesentlichen Gründe dafür, dass die teilweise offensichtlichen Brüche zwischen dem politischen Denken Jeffersons, der *Jacksonians* und der Populisten entweder als eine Art konzeptionelle Überdehnung (vgl. Postel 2007: 161) marginalisiert oder aber überhaupt nicht beachtet werden, scheint mir in der impliziten Annahme zu finden zu sein, der gemäß theoretische Inkonsistenzen im US-amerikanischen politischen Denken nicht weiter erwähnenswert seien. Ob eines gewissermaßen natürlichen Eklektizismus scheinen inhaltliche Abweichungen zwischen Akteuren, die einer Traditionslinie zugeordnet werden, jene Zuordnung in letzter Konsequenz nicht erschüttern zu können. Ich möchte im Rahmen der vorliegenden Studie einen anderen Weg einschlagen und den Versuch unternehmen, die augenscheinlichen Brüche zwischen den drei diskutierten Denkern beziehungsweise Denkkollektiven als Ausdruck tieferliegender systematischer Neukonfigurationen¹⁶ im jeweiligen politischen Denken zu begreifen. Auf diese Weise werden unterschiedliche Programmatiken zu mehr als zufälligen Entscheidungen der jeweiligen Akteure, die prinzipiell auch immer anders hätten ausfallen können. Im Gegenteil wird sich zeigen, dass es gerade unterschiedliche Prinzipien waren, auf denen jene Programmatiken fußten. Hiermit ist selbstredend nicht gesagt, dass die in dieser Arbeit diskutierten Akteure angesichts ihrer jeweiligen politischen Widersacher nicht deutlichere Gemeinsamkeiten untereinander aufweisen als die jeweiligen Vorläufer respektive Nachfolger zu ihren jeweiligen Antipoden. Es soll also nicht die These vertreten werden, dass beispielsweise die *Jacksonians* eigentlich den *Federalists* oder die Populisten beziehungsweise Jefferson eigentlich den

16 Hiermit ist freilich auch schon eingestanden, dass sich Versatzstücke der einzelnen Denkgebäude auch im Denken der jeweils anderen diskutierten Akteure finden lassen. Wenngleich der Nachweis im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht erbracht werden kann, gilt dies jedoch gleichermaßen für Versatzstücke jener politischen Denker, gegen die sich die jeweiligen Akteure in ihrer Zeit richteten. Ich meine also, dass beispielsweise ein Nachweis bestimmter Gedanken Jeffersons in den untersuchten Schriften der *Jacksonians* für sich genommen wenig aussagt, denn es ließe sich ebenfalls der Nachweis bestimmter Ideen der *Federalists* im Denken Letzterer erbringen. Nur über den Versuch einer auf Grundlagen zielenden Rekonstruktion der jeweiligen Ideengebäude werden aufgrund des im nächsten Abschnitt darzulegenden Charakters des US-amerikanischen politischen Denkens sinnvolle Aussagen möglich.

Whigs nähergestellt hätten. Es soll lediglich nachgewiesen werden, dass die Rede von diachronen Traditionslinien im US-amerikanischen politischen Denken mit Blick auf die hier verhandelten Positionen mehr verwischt als sie offenlegt und dass man stattdessen gut daran täte, Jefferson, die *Jacksonians* und die Populisten als eigenständige Beiträge zu begreifen, die nicht aufeinander reduzierbar sind.

Bevor ich mich der im Rahmen dieser Studie verwendeten Methodik zuwende, muss im nächsten Abschnitt vorbereitend noch auf den in den vorangegangenen Ausführungen bereits mehrfach verwendeten Begriff des politischen Denkens eingegangen werden.

Zum Begriff des politischen Denkens

Das politische Denken in den USA unterscheidet sich wesentlich von jenem in Kontinentaleuropa. Als wohl augenscheinlichste Differenz lassen sich die Abstraktionsniveaus ausmachen, auf denen sich die beiden Spielarten bewegen. Dieser Umstand lässt sich anhand der Kontrastierung von politischem Denken einerseits und politischer Philosophie beziehungsweise Theorie¹⁷ andererseits verdeutlichen. Konstitutiv für jede Form der politischen Theorie ist mindestens der selbstgesetzte Anspruch, ein in sich widerspruchsfreies System von Aussagen aufzustellen, dem ein analytischer, normativer oder gar ein prognostischer Wert zukommt. Derartige Systeme können, ohne dass dies notwendigerweise zulasten ihrer intellektuellen Qualität gehen muss, in vergleichsweise großer Distanz zum politischen Alltagsgeschehen formuliert werden. Eine Gerechtigkeitstheorie beispielsweise muss nicht in der zum Zeitpunkt ihres Entstehens beobachtbaren sozialen Wirklichkeit verankert sein. Es mag gute Gründe dafür geben, die Grundlagen der formulierten Theorie – gerade wenn es sich um ein normatives Projekt handelt – mit hegemonialen Wertvorstellungen der adressierten Gesellschaft(en) abzugleichen, zwingend notwendig ist ein solches Vorgehen aber nicht. Ebenso wenig ist die Formulierung einer politischen Theorie von wahrnehmbaren Bedürfnissen abhängig. Sicherlich ist das Projekt einer Reformulierung sozialistischer Prinzipien angesichts breiter sozialer Proteste reizvoller als zu Zeiten gesamtgesellschaftlicher Zufriedenheit und durch die Decke schießender Glücksin-

17 Jene Begrifflichkeiten werden im Rahmen dieser Einleitung aufgrund vergleichbarer Systematisierungsanforderungen synonym verwendet.

dizes. Die Güte einer politischen Theorie des Sozialismus hängt von der impliziten Nachfrage nach einem derartigen Theorieangebot jedoch nicht ab.

Hiervon lässt sich das politische Denken unterscheiden. »Politisch gedacht«, so Henning Ottmann (1996: 1), werde »schon vor aller Wissenschaft.« (Vgl. Stollberg-Rilinger 2010: 8) Ganz wesentlich ist hierbei die Feststellung, dass politisches Denken »zunächst einmal *praktisches* Denken [ist], d.h. es ist geleitet von einem Interesse an politischem Handeln. Es ist nicht reine Theorie oder bloße Spekulation.« Hinzu tritt, dass je nach Rolle des politisch Denkenden »verschiedene Distanzen vom Problemdruck der politischen Lebenswelt« existieren. »[E]in General, der in der Schlacht entscheiden muss; ein Parlamentarier, der ein Gesetz zu verabschieden hat; ein Bürger, der abends am Kamin politische Gespräche führt; ein Politikwissenschaftler, der sich im künstlichen Raum einer Universität der Politischen Wissenschaft widmet – sie alle haben je verschiedene Distanzen zum Problem- und Entscheidungsdruck.« (Ottmann 1996: 6)¹⁸ Für die US-amerikanische Ideengeschichte scheint mir der Begriff des politischen Denkens deutlich angemessener zu sein als jener der politischen Theorie. Es ist kein Zufall, dass die USA keinen Hegel hervorgebracht haben und die *Federalist Papers* sich im Zweifelsfall auch dem Laien – also dem einfachen Bürger beziehungsweise der einfachen Bürgerin – erschließen, was von der *Phänomenologie des Geistes* schlechterdings nicht behauptet werden kann. Politisch gedacht – auch in Anbetracht etwai-ger theoretischer Folgewirkungen – wurde in den USA seit ihrer Gründung in den allermeisten Fällen angesichts konkreter Problemlagen. Das im wahrsten Sinne herausragende Beispiel hierfür sind die angesprochenen Artikel Alexander Hamiltons, James Madisons und John Jays, die uns als *Federalist Papers* bekannt sind. Nicht dass es sich bei den *Federalist Papers* um ein abstraktionsfeindliches Pamphlet auf dem Niveau heutiger Wahlkampfauseinandersetzungen gehandelt hätte. Hamilton, Madison und Jay hatten ihre Klassiker gelesen, rekurrerten ebenso auf Autoren der griechischen und vor allem römischen Antike wie auf Montesquieu – ihr Ziel war jedoch genuin praktisch,

18 Von der geringeren Fallhöhe des amerikanischen politischen Denkens gegenüber der westeuropäischen Tradition spricht auch Robert McCloskey: »Franklin, John Adams, Jefferson, Madison, Marshall, Jackson, Calhoun, Lincoln, Theodore Roosevelt, Woodrow Wilson – these were all extraordinary men by any standard, *but no one of them was exceptional in such a way as to be out of touch with the American grain.*« (McCloskey 1957: 117; Hervorh., T.M.) Vgl. hierzu auch Frisch (1955) und mit Blick auf das politische Denken im Zuge der Amerikanischen Revolution Wood (2006: 601).

ihr Adressat die wahlberechtigte Bevölkerung des Staates New York.¹⁹ Dass sie hiermit gewissermaßen im Vorbeigehen einen der bis heute grundlegenden Beiträge zur modernen Gewaltenteilungslehre und der Theorie repräsentativer Demokratie vorgelegt haben, hätte Hamilton, Madison und Jay vermutlich nicht gestört, die Absicht hatten sie beim Verfassen der Artikel sicherlich nicht.²⁰

Dieser Wesenszug US-amerikanischen politischen Denkens hat die akademische Auseinandersetzung mit der politischen Ideengeschichte der USA bisweilen zu einem randständigen, da vermeintlich wenig lohnenswerten, Unterfangen werden lassen und der bis heute schwelende Streit darüber, ob die Politische Theorie in den USA überhaupt noch zum Fach Politikwissenschaft gerechnet werden sollte, hat hier mit einiger Wahrscheinlichkeit seine Wurzeln (vgl. Caswell 1985: 20-27). Gerade weil politisches Denken in den Vereinigten Staaten immer problembezogen war, wird die Frage nach der Relevanz Politischer Theorie hinsichtlich der »institutional facts of life« auf der anderen Seite des Atlantiks mit größerem Nachdruck gestellt als hierzulande.²¹ Wie auch immer sich diese fachinterne Debatte entwickeln wird, unbestreitbar scheint, dass »American political thinkers have not often produced works that rank with the best that has been thought or known in the world's intellectual history.« (McCloskey 1957: 115) Dies, so die hier vertretene Annahme, ist wesentlich darauf zurückzuführen, dass es sich bei den politischen *Denkern* der Vereinigten Staaten eben *nicht* um politische *Philosophen* handelte. Wenngleich McCloskey in seiner Auseinandersetzung nicht vordergründig

19 »An das Volk des Staates New York« ist Artikel Nr. 1 überschrieben (Hamilton/Madison/Jay 1787/88: 53).

20 So bemerkt auch Morton J. Frisch: »If we consider political philosophy to be systems of thought as developed in the Aristotelian, Hobbesian, or Lockean fashion then there has been no American political philosophy. Americans have traditionally »felt no intellectual responsibility to fuse their various ideas into one deft synthesis.« (Frisch 1955: 189) Bereits Tocqueville hatte zu Beginn des zweiten Bandes seines *Über die Demokratie in Amerika* festgestellt: »Es gibt, glaube ich, in der Kulturwelt kein Land, in dem man sich weniger mit Philosophie befasst als in den Vereinigten Staaten. Die Amerikaner haben keine eigene philosophische Schule, und alle die, welche Europa entzweien, lassen sie ziemlich gleichgültig« (Tocqueville 1840: 11).

21 Angesichts einer immer wieder erkennbaren Fixierung auf die Moden im angloamerikanischen Raum wird diese Debatte auch an einigen empirisch orientierten Standorten in der Bundesrepublik geführt, wenngleich die hiesigen Beharrungskräfte, die für Sinn und Nutzen theoretischer Auseinandersetzungen eintreten, größer sein dürften als in den USA.

mit diesen Begriffen operiert, so stützt sein Urteil über Thomas Jefferson eben jene Lesart: »Jefferson«, so McCloskey, »is surely the patron saint of the American political tradition; we start from Jefferson as the medievals start from Aristotle. But sage and eloquent though he often was, Jefferson could hardly be called a great political philosopher.« (Ebd.: 116) Jefferson, so McCloskey keineswegs despektierlich, war schlicht kein John Locke, kein Jean-Jacques Rousseau und sicherlich kein Hegel. Angesichts der Tatsache, dass »it has just not been characteristic of Americans to concern themselves with the stratosphere of political speculation« (ebd.),²² warum sollte sich gerade der »Ahnherr« (Dietze 1992: 25) der US-amerikanischen Demokratie hiervon abheben?

Nun ist Jefferson von den in dieser Arbeit diskutierten Autoren und Autorinnen mit Sicherheit derjenige, der noch am ehesten als mehr als ein nur randständig philosophisch und theoretisch interessierter politischer Denker klassifiziert werden kann. Wenn schon für ihn nicht von politischer Theorie gesprochen werden kann, so erst recht nicht mit Blick auf die im Folgenden verhandelten *Jacksonian Democrats* beziehungsweise Populisten. Das vor diesem Hintergrund plausiblere Verständnis des Untersuchungsgegenstandes als politisches Denken hat unmittelbare Auswirkungen auf die in Anschlag gebrachte Methode, der sich der nächste Abschnitt zuwendet.

Methoden

Die deutschsprachige Methodendebatte im Bereich der politischen Ideengeschichte ist als lebhaft zu bezeichnen. Sowohl der von Andreas Busen und Alexander Weiß herausgegebene Band *Ansätze und Methoden zur Erforschung politischen Denkens* (2013) als auch Holger Zapfs *Methoden der Politischen Theorie* (2013) legen hiervon Zeugnis ab. Im Zentrum der Aufmerksamkeit steht mit Blick auf die Ideengeschichtsschreibung zweifellos die so genannte Cambridge School um J.G.A. Pocock und vor allem Quentin Skinner. Einstmals als kritische Stimme gegen den methodischen Mainstream rund um Arthur Lovejoys *Die große Kette der Wesen* (1993) entstanden, ist die Cambridge School heute selbst zur dominanten Strömung geworden, an der sich die Wissenschaft von den politischen Ideen abarbeitet (vgl. Stollberg-Rilinger 2010: 20f.).

22 Sehr ähnlich Frisch (1955: 184): »The roots of American political thought lay in his skepticism toward untested principles and trust in the facts of our own experience.«

Gegen die von Skinner vehement eingeforderte Kontextualisierung politischen Denkens respektive Schreibens – wegweisend formuliert in seinem Aufsatz zu »Meaning and Understanding in the History of Ideas« (1969) – dürfte gegenwärtig kaum jemand zu Felde ziehen. Auch im Folgenden soll dieser zentrale Gedanke nicht in Frage gestellt werden. Allerdings soll angesichts der verfolgten Fragestellung und des besonderen Charakters des US-amerikanischen politischen Denkens für eine Fokusverschiebung plädiert werden. Um Letztere vorstellen zu können, bedarf es zunächst eines kurzen Abrisses über Skinners ursprüngliches Programm.

Dessen Kern bilden, wie Jens Olesen (2013) feststellt, zwei Begriffe, Konvention und Intention, deren Verhältnis mit Blick auf das von Skinner formulierte Erkenntnisinteresse illustriert werden kann. Dieses kann Skinner folgend nur auf die Frage zielen, »what an agent may have intended or meant by speaking or writing in a certain way.« (Skinner 2002a: 3) Stelle man diese Frage nicht ins Zentrum der Betrachtung, so Skinner, »we shall find ourselves [...] in a position comparable to that of someone listening to the prosecution or the defence in a criminal trial without having heard the other side.« (Ebd.: 115) Würde man sich nämlich lediglich auf den geschriebenen Text beziehen, diesen also isoliert behandeln, so liefe man Gefahr, zu Einsichten zu gelangen, die Skinner als »historisch absurd« (Skinner 2010: 27) bezeichnet. Eines der meist zitierten Beispiele, die Skinner in diesem Zusammenhang anführt, ist die These, nach der Marsilius von Padua als Begründer der modernen Gewaltenteilungslehre angesehen werden könne. »Historisch absurd«, so Skinner, sei diese These aufgrund dessen, dass sich Marsilius der Möglichkeit, Gewalten zu teilen, überhaupt nicht bewusst sein konnte; ihm fehlten anders gesagt die Worte, um diese Idee ausdrücken zu können (ebd.: 27f.). Unter Rückgriff auf das Begriffspaar Olesens ließen die ideellen Konventionen seiner Zeit die Intention, Gewalten teilen zu wollen, nicht zu. An dieser Stelle wird auch die Verwandtschaft des Skinner'schen Ansatzes zu den sprachphilosophischen Überlegungen Ludwig Wittgensteins und John L. Austins deutlich (vgl. Müller/Schmieder 2016: 358; Bevir 2010: 212). Das Wittgenstein'sche Diktum, nach dem man von all dem schweigen solle, von dem man nicht reden könne, bildet die Grundlage für Skinners Überlegungen, die ihrerseits in der zunächst einleuchtenden These kulminieren, dass ein Autor schlechterdings nicht zu einer Debatte beitragen könne, deren Existenz ihm nicht bewusst sei und dessen Sinn ihm nicht einleuchten würde, so er sie kannte. Die Aufgabe des Forschers beziehungsweise der Forscherin müsse es demnach sein, den diskursiven Raum des von ihm oder ihr untersuchten Zeit-

abschnittes derart umfassend zu rekonstruieren, dass es hierüber möglich würde, die Intention beziehungsweise die *möglichen* Intentionen des jeweils betrachteten Autors zu erschließen (vgl. Stollberg-Rilinger 2010: 21). Die Singularität vergangener Sprechakte macht die Ideengeschichte auf diese Weise zu einem rein historischen Unterfangen (vgl. Nitschke 2011: 275f.) und das Gipfelgespräch zwischen den großen Geistern verschiedener Epochen, das lange Zeit den Kern der Ideengeschichte bildete (vgl. Münkler 2013: 22), wird damit zum »Sündenfall« ideengeschichtlicher Forschung (Hegewisch 2014: 29).²³ Statt kontextübergreifende politische »Elementarideen« aufzuspüren,²⁴ obliege es dem Forscher, »[d]ie klassischen Prinzipien der Hermeneutik – die Einbeziehung der Standortgebundenheit des Forschers, die Kontextualisierung der Quellen und die Perspektivität jeder Erkenntnis als Grundbedingung des Verstehens« (ebd.: 22) – auf die Ideengeschichte anzuwenden.

-
- 23 Skinner selbst ist diesbezüglich über die Jahre ›milder‹ geworden. »My basic aim in my book [*Liberty before Liberalism*; T.M.] was thus to reconstruct the terms and motivations of an early-modern argument. But one of my reasons for wanting to reconstruct the argument is that it seems to me worth reconsidering. Modern liberal political theorists largely agree with Hobbes about the idea of freedom; Harrington's vision has for long been dismissed as confused. But is it confused? Or does his analysis capture something important that Hobbes forgets (or deliberately underplays)? Once we see what is at stake, we can begin to think again about the issues they discussed. My own view, moreover, is that as soon as we do so we begin to see two things that modern liberal theorists have sought to conceal from us. One is the ideological character of their purportedly value-neutral analysis of freedom. The other is that, in attempting to discredit those who were arguing for greater public participation in government in the name of greater liberty, they *have* missed an important dimension of thinking about freedom that needs to be restored. I admit that I am walking a tightrope. As with all tightropes, moreover, it is possible to fall off on one side or the other. It seems to me that most historians fall off on the side of worrying too little about the point of what they are doing. I am more in danger of falling off in the direction of sacrificing historicity. *If the choice is between historical impurity and moral pointlessness, then I suppose that in the end I am on the side of the impure.* But I see myself fundamentally as an historian, so that my highest aspiration is not to fall off the tightrope at all« (Skinner 2002b: 54f.; Hervorh., T.M.).
- 24 Dies ist nach Auffassung Lovejoys, gegen dessen Vorgehensweise sich die Cambridge School unter anderem wendet, die Aufgabe der Ideengeschichte. Lovejoy ist die Nicht-Beachtung der Intentionen des zu untersuchenden Autors hierbei nicht etwa entgangen. Er gibt vielmehr offensiv zu Protokoll: »Wir möchten erkennen, wie spätere Generationen Schlüsse daraus zogen, die ihre Urheber nicht gewollt haben oder von denen sie sich nicht hätten träumen lassen« (Lovejoy 1993: 33).

Das Kontextualisierungsargument ist im Bereich der politischen Ideengeschichte zum Gemeinplatz geworden (Stollberg-Rilinger 2010: 7f.) und mit Blick auf die schonungslose Aufdeckung der Schwachstellen einer kontextvergessenen Ideengeschichtsschreibung, die Skinner vor allem in »Meaning and Understanding in the History of Ideas« betreibt, fällt es schwer, sich vorzustellen, wie *grosso modo* hiergegen argumentiert werden sollte. Selbst alternativ verfahrenende Ansätze positionieren sich nicht offensiv gegen die Cambridge School, sondern konstatieren lediglich – mit ungleich größerer Gelassenheit als der junge Skinner²⁵ – ein unproblematisches Nebeneinander kontextsensibler historischer und kontexttranszendierender aktualisierender Ideengeschichtsschreibung (vgl. Rorty 2000: 364).

Ist die oft angeführte Abkehr des Skinner'schen Ansatzes vom ideengeschichtlichen »Gipfelgespräch« (Friedrich Meinecke) und den Lovejoy'schen Elementarideen eine Seite der Medaille, so bildet der Angriff auf die marxistisch inspirierte Ideengeschichtsschreibung die andere. Deren aus Skinners Perspektive eindimensionales Basis-Überbau-Theorem, dem zufolge der gesellschaftliche Überbau und somit die hegemonialen Ideen nichts anderes als Ausdruck der ihm zugrundeliegenden ökonomischen Basis seien, gilt Skinner als nicht weniger fehlgeleitet (Skinner 2002a: 145; vgl. Hellmuth/Ehrenstein 2001: 156).

Wie Skinner bemerkt, war eine der einflussreichsten ideengeschichtlichen Studien seiner Zeit C. B. Macphersons *The Political Theory of Possessive Individualism* (1962). In den Worten John Dunns, einem der engsten intellektuellen Weggefährten Skinners (vgl. Skinner 1978: x), unternahm Macpherson hier den Versuch, »to demonstrate how a political theory which sanctioned capitalist economic relations and the state structures required to maintain these ever came to be created.« Hierbei werde »the appearance of concepts in the thought of Hobbes and Locke, above all their view of human beings as essentially greedy and competitive« mit »the emergence of the market society« erklärt (Dunn 1974: 490). Der marxistische Ansatz, so Skinner, »had a baleful effect on the status as well as the methodology of intellectual history. The discipline was either treated as of marginal interest, or else was studied in such

25 Skinner selbst bezeichnet »Meaning and Understanding in the History of Ideas« rückblickend als »terrorist attack« auf die konventionelle Ideengeschichtsschreibung (Skinner 2002b: 39). Vom Glauben an die Möglichkeit eines weitgehend friedlichen Zusammenlebens ist der Text wahrlich nicht durchzogen.

a way as to provide alleged evidence in favour of the base/superstructure itself.« (Skinner 2002b: 38) Gegenüber jener reduktionistischen Sichtweise, der zufolge sich das Aufkommen bestimmter Ideen aus den materiellen Verhältnissen der jeweiligen Zeit *ableiten* lasse, verweist Skinner auf die Eigenständigkeit politischer Ideen und Diskurse.²⁶ Letzteren komme aufgrund dessen ein Eigenwert zu, dass sie politische Handlungsräume absteckten und den politisch Handelnden nicht beliebig zur Disposition stünden (Skinner 1978: xiif.; Ders. 2002a: 156).²⁷ Da politische Vokabulare jedoch durch diskursive Interventionen wandelbar seien, zielten Akteure zur Legitimation neuartiger Handlungen auf die Neujustierung eben jener Vokabulare, derer sie bedürfen, um ihren Handlungen Legitimität zu verleihen. In genau jenem Sinne lässt sich Skinners viel zitierter Ausspruch vom politischen Sprechen als politischer Tätigkeit verstehen.

Skinners diesbezügliche Vehemenz ist aus heutiger Perspektive bisweilen befremdlich, hat sich die These von der sprachlichen Konstruktion der Wirklichkeit in der einen oder anderen Art und Weise doch in der Zwischenzeit in weiten akademischen Kreisen durchgesetzt. Mir scheint einer der Gründe dafür, dass Skinner die aus der vorgetragenen Kritik sich ergebende Programmatik bisweilen zu weit treibt, in der damaligen Dominanz der von ihm angegangenen Ansätze zu suchen zu sein. Denn ebenso selbstverständlich wie der Umstand, dass sich soziale Wirklichkeit nie jenseits der Sprache erschließen lässt, die dem Handelnden zur Verfügung steht, ist auf der anderen Seite doch auch, dass Erstere die Handlungen Letzterer nicht zu determinieren vermag.²⁸ Bisweilen sind es soziale, politische und ökonomische Transformationen, die zum politischen Denken und Sprechen beziehungsweise Schreiben treiben und nicht die intendierte Intervention in politische

26 Mit Blick auf die Philosophiegeschichte mag sich dies anders darstellen, da die Rekonstruktion eines philosophischen Gipfelgesprächs aufgrund der nicht zwangsläufig an die Ereignisgeschichte rückgekoppelten philosophischen Fragestellungen eher einleuchtet. »Philosophen«, so Stollberg-Rilinger, »geht es im wesentlichen darum, die unterschiedlichen Antworten auf prinzipiell gleiche philosophische Fragen in der Geschichte aufzusuchen.« (Stollberg-Rilinger 2010: 9).

27 Vor diesem Hintergrund kritisiert Skinner Lewis Namiers Annahme, wonach Handlungen im Nachhinein durch den Rekurs auf legitimitätsstiftende Vokabulare Rechtfertigung erfahren können. Skinner zufolge lässt sich gerade nicht beliebig auf ein bestimmtes Vokabular zurückgreifen; dieses muss vielmehr bearbeitet werden, um die angestrebte legitimierende Funktion erhalten zu können.

28 Vgl. zu diesem Vorwurf an die Cambridge School Hellmuth/Ehrenstein (2001: 169f.).

Diskurse, um Handlungsräume auszuweiten beziehungsweise einzugrenzen. Skinner selbst bemerkt, dass es in erster Linie politische Ereignisse seien, die politisches Denken respektive politisches Handeln vermittels Sprache motivierten (Skinner 1978: xi). Vor diesem Hintergrund meint er, dass »the understanding of any proposition requires us to identify the questions to which the proposition may be viewed as an answer« (Skinner 2002a: 115). Bezeichnend ist nun aber, dass Skinner als Beispiel einer derartigen Identifikation von Fragen beziehungsweise Problemlagen, auf die Autoren zu bestimmten Zeiten eine Antwort zu formulieren versucht hätten, auf J.G.A. Pocock und das Erlernen politischer Sprachen rekurriert. Mit anderen Worten seien wir dazu in der Lage, die Fragen und Problemlagen ausfindig zu machen, auf die Autoren Antworten zu formulieren versucht haben, wenn wir die Sprache ihrer Zeit sprechen lernten – die wiederum von vielen ihr vorgängigen Sprachen inspiriert worden sein können (vgl. Pocock 2010: 106f.).

Jenseits des Vorwurfs eines hiermit einhergehenden linguistischen Determinismus scheint mir Skinners Ansicht angesichts des im vorangegangenen Abschnitt ins Feld geführten Begriffs des politischen Denkens zu intellektualistisch zu sein, impliziert er doch, dass die Sprache, die wir als Beobachter zu erlernen hätten, den Akteuren im politischen Handgemenge derart transparent gewesen sei, dass deren Sprechen in erster Linie auf die Transformation jener Sprache gezielt hätte. Dies anzunehmen, mag mit Blick auf einen Untersuchungsgegenstand, der sich im engeren Sinne der Politischen Theorie zuordnen lässt, plausibel sein; für politisch Denkende und Sprechende, deren Distanz zum »Problemdruck der politischen Lebenswelt« deutlich überschaubarer war, ist hingegen die These von der politischen und sozialen Welt, die zum Denken und Handeln treibt, überzeugender.²⁹ Mit anderen Worten spricht mit Blick auf das Politische Denken wenig dafür, »dem sprachlichen Kontext [...] den Primat« gegenüber alternativen Kontexten zuzusprechen, namentlich dem sozioökonomischen und politischen (Hellmuth/Ehrenstein 2001: 170; vgl. Bevir 1992: 294). Und gerade im US-amerikanischen Kontext, der sich seit den ersten Kolonialtagen durch das Bewusstsein auszeichnet, historisch einzigartig gewesen zu sein, ist die Annahme, dass der in erster Linie relevante Kontext für die Analyse politischen Denkens ein linguistischer

29 Hiermit ist freilich mitnichten gesagt, dass die Welt den Gedanken in eine bestimmte Richtung treibt, es geht also nicht um das Wiederkäuen der These, der zufolge die herrschenden Gedanken lediglich diejenigen der herrschenden Klasse gewesen seien und sein mussten.

gewesen sein müsste und dann bestenfalls auch noch einer, der nicht als »an immediate one« angesehen werden kann (Skinner 2002a: 116), nicht überzeugend.

Vielmehr ist davon auszugehen, dass ein geeigneterer Ausgangspunkt im vorliegenden Fall die politischen und sozioökonomischen Kontexte sind, dass die Ausführungen der in dieser Arbeit diskutierten Autoren und Autorinnen sich in einem ersten Schritt also am besten dadurch erschließen lassen, dass man sie in ihren sozioökonomischen und politischen Entstehungszusammenhang einbettet. An die von Skinner (Ebd.: 115) gebrauchte Metapher des Gerichtssaals angelehnt, geht es also zunächst darum, die Argumente der hier untersuchten Parteien hinsichtlich des verhandelten Falles zu rekonstruieren und nicht in erster Linie hinsichtlich der Argumente der Gegenpartei. Letzteres ist selbstredend eine legitime Untersuchungsabsicht, sie zielt allerdings auf eine andere Ebene. Die Analyse der Argumente der beiden Parteien unter Absehung des verhandelten Falles kann mich vor allem zu Aussagen über angewandte Strategien führen und somit Antworten auf die Frage geben, wie die Parteien versuchen, ihre Darstellung und Interpretation überzeugender aussehen zu lassen. Was die Parteien jeweils bezüglich des verhandelten Falles und der präsentierten Evidenzen darlegen, ist eine hiervon zu unterscheidende Analyseebene.

Im in dieser Arbeit verhandelten Fall verspricht letztgenannte Ebene meines Erachtens nach die fruchtbarere zu sein. Der Grund hierfür liegt in der Tatsache, dass der linguistische Kontext in den USA bis ins 20. Jahrhundert ein vergleichsweise einheitlicher war, der mit der Bezeichnung »Hegemonialer Liberalismus« (Vorländer 1997) recht treffend beschrieben ist. Nähert man sich politischen Denkerinnen und Denkern vor diesem Hintergrund ist es naheliegend, einem gewissen Determinismus zum Opfer zu fallen, Ersteren also die Möglichkeit kreativen Denkens *a priori* zu nehmen. Tatsächlich tut es jedoch Not, dem Umstand Rechnung zu tragen, dass »[a]uthors say, what they want to say. They are not slaves of paradigms.« (Bevir 1992: 294) Die Fragen, auf die politisches Denken in den USA in aller Regel Antworten zu finden sucht, speisen sich in allererster Linie aus politischen und sozioökonomischen Transformationsprozessen und der Nachweis, dass sich klare Differenzen zwischen den hier untersuchten Autoren und Autorinnen ausfindig machen lassen, obwohl sich die jeweils zeitlich später schreibenden und sprechenden *immer* auch in der Traditionslinie der früher agierenden verorten, unterstreicht dieses Postulat. Der Grund hierfür ist meines Erachtens in der sich fundamental wandelnden politischen und sozioökonomischen Um-

welt zu suchen, in der die jeweiligen Autorinnen und Autoren handelten. In einem zweiten Schritt ließe sich dann untersuchen, *wie* die einzelnen Akteure tatsächlich aufeinander Bezug nahmen, *wie* eine vormalig existierende Sprache im Einzelnen transformiert beziehungsweise von einer passenderen abgelöst wurde und *mit welchen Mitteln* diese Ergebnisse jeweils erzielt wurden. Diese und ähnliche Fragen liegen jedoch jenseits der hier verfolgten Untersuchungsabsicht.

Untersuchungsgegenstand und Quellenauswahl

Ein unbedingt zu adressierendes Problem hinsichtlich der in dieser Arbeit gewählten Untersuchungsgegenstände ist das Postulat zweier Kollektivsubjekte.³⁰ Die Rede von *den Jacksonians* und *den Populisten* suggeriert einerseits ideologische Einheitlichkeit und andererseits einen Anspruch auf enzyklopädische Vollständigkeit auf Seiten des Darstellenden. Beide Ansprüche werden in der vorliegenden Studie *nicht* erhoben. Zunächst kann weder mit Blick auf die *Jacksonians* noch mit Blick auf die *Populisten* von einem einheitlichen Denkkollektiv gesprochen werden. Eingedenk der Tatsache, dass die USA zwischen 1815 und 1824 die so genannte »Era of Good Feelings« durchliefen, in der sich das Streben nach nationaler Einheit unter anderem in der Auflösung der Partei der *Federalists* manifestierte, die zu einer ideologischen Zerfaserung der übriggebliebenen *Democratic-Republican Party* führte, dauerte es einige Zeit, bis ideologische Grabenkämpfe wieder zwischen zwei klar voneinander unterscheidbaren Akteursgruppen ausgetragen wurden. Erst mit der Gründung der *Democratic Party* 1828 respektive der *National Republican Party* 1830 und der *Whig Party* 1832 als Nachfolgerin der *National Republicans* lässt sich wieder von politischen und ideologischen Lagerbildungen unter unterschiedlichen Bannern sprechen. Das heißt im Umkehrschluss, dass die *Democratic Party* um Andrew Jackson als zentraler Führungspersonlichkeit anfangs

30 Mit Blick auf Thomas Jefferson stellen sich die in diesem Unterkapitel diskutierten Fragen und Probleme, die dem Umgang mit Kollektiven eigen sind, nicht. Jeffersons Schriften liegen in mehreren Editionen vor. Die vorliegende Untersuchung stützt sich vor allem auf die von Paul Leicester Ford herausgegebenen *Writings of Thomas Jefferson* (1892-1899) sowie auf die weniger umfangreichen Zusammenstellungen von Joyce Appleby und Terence Ball in *Political Writings* (1999) und das von Jean M. Yarbrough herausgegebene *The Essential Jefferson* (2006).

als Sammelbecken diverser Strömungen fungierte, was die Rede von *dem* politischen Denken der *Democratic Party* wenig sinnvoll erscheinen lässt. Etwas hiervon Unterschiedliches ist die Rede vom politischen Denken der *Jacksonian Democrats*. Für diese kann, anders als Joseph Blau (1954: x; Hervorh., T.M.) dies annimmt, nicht mehr gesagt werden, dass es sich bei ihnen um »an aggregation of diverse groups, covering well-nigh the entire spectrum of political, social, and economic thought« gehandelt habe. Tatsächlich hatten sich *als Reaktion* auf die Wahl Jacksons und die Neugründung der *Democratic Party* zuerst die *National Republican Party* und wenig später die *Whig Party* gegründet. Es kam also vergleichsweise schnell zu einer neuerlichen Ausdifferenzierung der parteipolitischen Landschaft, die sich gerade auch ideologisch ausdrückte (vgl. Ashworth 1983; Kohl 1989). Dementsprechend muss von einer hinreichend klaren Konturierung des politischen Denkens der *Jacksonian Democrats*, zu denen die *Democrats* nach 1830 *de facto* geworden waren, ausgegangen werden.

Dies heißt gleichwohl nicht, dass es nicht auch im Lager um Andrew Jackson unterschiedliche Strömungen gab. Es handelte sich bei der *Democratic Party* immerhin um die erste Massenpartei in der Geschichte der USA. Ich meine aber, dass die Rede von *den Jacksonians* mit Blick auf die Grundpfeiler ihres politischen Denkens möglich und geboten ist (vgl. Gerring 1994). So war es beispielsweise sinnlos, sich als Anhänger einer aktiveren Bundesregierung der *Democratic Party* anzuschließen. Nicht minder aussichtslos wäre der Versuch gewesen, sich innerhalb der *Democratic Party* für eine elitistische Demokratiekonzeption stark zu machen; kurz, das ganze Spektrum politischer Ansichten wurde in den Reihen der Partei Andrew Jacksons ganz sicher nicht abgebildet und das heißt im Umkehrschluss, dass von einem programmatischen Kern auszugehen ist, um den sich die Parteigänger gruppieren konnten.

Insgesamt kann die historische Periode, die gemeinhin als *Age of Jackson* bezeichnet wird und von der zweiten bis in die fünfte Dekade des 19. Jahrhunderts reicht, als gut erforscht gelten. Bei der Quellenauswahl habe ich mich aufgrund dessen zum einen an der einschlägigen Literatur zur *Jacksonian Democracy* orientieren können.³¹ Zum anderen bildet die von Joseph Blau (1954) zusammengetragene Quellensammlung zu den *Social Theories of Jacksonian Democracy* einen guten Ausgangspunkt.³² Schließlich dienen zentrale Reden und

31 Wahre Fundgruben sind diesbezüglich beispielsweise Meyers (1960), Kohl (1989), Sellers (1991), Wilentz (2005a) und Howe (2007).

32 Dies gilt freilich mit der angesprochenen Einschränkung, dass Blau stellenweise dazu neigt, die ganze Bandbreite der Positionen innerhalb der *Jacksonian Democracy* zu

Veto Messages von Andrew Jackson selbst als eine Art Prüfstein für die Repräsentativität der in seiner Gefolgschaft formulierten Überlegungen. Die in dieser Arbeit herangezogenen zeitgenössischen journalistischen Arbeiten, wissenschaftlichen Abhandlungen und programmatischen Entwürfe sollen der ohne Zweifel zentralen politischen Figur, die Jackson war, gewissermaßen zur Seite gestellt werden, ohne Jackson hierbei unkenntlich zu machen.³³ Jackson selbst fungierte sowohl aufgrund seiner politischen Rolle als auch ob seines Charakters nicht als großer politischer Ideengeber; auf Grundlage der von ihm eingenommenen Positionen nehme ich aber an, dass er den Ausführungen, die von prägnanter denkenden *Jacksonians* formuliert wurden, nicht widersprochen hätte. Zusammengenommen ergibt sich hieraus das politische Denken der *Jacksonians*.

Mit Blick auf die Populisten verhält es sich ähnlich. Die Bewegung, die 1892 in der Gründung der *People's Party* kulminierte, erstreckte sich von North Carolina bis Kalifornien und von Texas bis nach North Dakota. In den 1890er Jahren, die den Höhepunkt des populistischen Protests darstellen, existierten zeitweise über 1000 Zeitungen, die sich dem populistischen Lager zuordnen lassen (Goodwyn 1978: 206). Bei den Präsidentschaftswahlen von 1892 konnte James B. Weaver, der Kandidat der Populisten, vier Staaten für sich gewinnen und insgesamt über eine Million Stimmen auf sich vereinigen. Er war hiermit der erste Kandidat einer Drittpartei, der nach Ende des US-amerikanischen Bürgerkriegs überhaupt Wahlmännerstimmen gewinnen konnte. Jene Popularität in unterschiedlichen Landesteilen macht die Rekonstruktion *des* politischen Denkens der Populisten naheliegend zu einem schwierigen Unterfangen. Wenn im Rahmen der vorliegenden Studie von *den* Populisten oder *der* populistischen Perspektive gesprochen wird, dann ist hiermit, wie gesagt, kein Anspruch auf enzyklopädische Vollständigkeit erhoben. Gleichwohl ist mir daran gelegen, ob der vorgenommenen Quellenauswahl den Anspruch der Repräsentativität stellen zu können.

Ausgehen konnte ich in diesem Zusammenhang von einer kleineren und einer umfänglichen Quellensammlung. Erstere wurde 1976 von George Brown Tindall als *A Populist Reader* vorgelegt, Letztere bereits 1967 von Norman Pollack unter dem Titel *The Populist Mind*. Hilfreich war zudem die ursprüngliche

erfassen und vor diesem Hintergrund Autoren aufwertet, die in der Forschung überzeugend als *Most Uncommon Jacksonians* (Pessen 1967) charakterisiert werden.

33 Kurze biographische Skizzen der erwähnten Autoren finden sich in den jeweiligen Kapiteln.

von Henry Clay Detloff in Buchform herausgegebene Bibliographie *A List of References for the History of the Farmers' Alliance and Populist Party*, die zunächst von Worth Robert Miller an der University of Missouri und in der Folge von Jeff Welsh an der University of Kentucky weitergeführt und digitalisiert wurde.³⁴ Aufgrund der Existenz zweier Epizentren des US-amerikanischen Populismus im ausgehenden Jahrhundert, Kansas im Westen und Texas im Süden, bilden zwei der wichtigsten Zeitungen jener Bundesstaaten, der in Dallas erschienene *Southern Mercury* und der in Topeka ansässige *Advocate* zwei zentrale, über die existierenden Quellensammlungen hinausgehende zeitgenössische Referenzen, die in die vorliegende Arbeit aufgenommen wurden. Zusätzlich wurde mit Blick auf die diskutierten Monographien auf eine ungefähre Parität zwischen Autoren aus dem Süden und solchen aus dem Westen geachtet.³⁵

Der wesentliche Nachteil eines solchen Vorgehens ist sicherlich darin zu sehen, dass eben keine enzyklopädische Vollständigkeit beansprucht werden kann. Allerdings ist dies angesichts der hier verfolgten Untersuchungsabsicht von nachgeordneter Bedeutung, da mir nicht daran gelegen ist, die jeweils diskutierten Denker und Denkkollektive bis in die letzten Winkel auszuleuchten, um hierdurch ein neues Bild zeichnen zu können. Vielmehr geht es darum, sie in ein Verhältnis zu setzen, wofür die Identifikation zentraler Wesenszüge hinreichend ist. Dies ist durch die skizzierte Quellenauswahl gewährleistet.

Aufbau der Arbeit

Die Arbeit setzt sich aus jeweils einem Kapitel zum politischen Denken Thomas Jeffersons, dem politischen Denken der *Jacksonians* und dem politischen Denken der US-amerikanischen Populisten im ausgehenden 19. Jahrhundert zusammen. Die grundlegende Struktur der Kapitel ist hierbei identisch. Einer Rekonstruktion des jeweiligen historischen Kontextes folgen die Darstellungen des politischen Denkens. Als Ganze geht die vorliegende Arbeit hierbei chronologisch vor, ich beginne also mit Thomas Jefferson und schließe mit den Populisten.

34 <http://courses.missouristate.edu/bobmiller/Populism/Texts/bibliography.htm>.

35 Für den Westen sind dies beispielsweise James B. Weaver, Ignatius Donnelly und William A. Pepper. Für den Süden Thomas L. Nugent und W. Scott Morgan.

Intern sind die jeweiligen Kapitel hingegen nicht chronologisch, sondern thematisch gegliedert. Die Kontextualisierungskapitel rekonstruieren jeweils die zentralen politischen und sozioökonomischen Themen und Transformationsprozesse, auf die sich das in der Folge erörterte politische Denken der einzelnen Akteure beziehungsweise Akteursgruppen bezieht. Für Thomas Jeffersons Denken ist dies ohne Zweifel der Weg zur Amerikanischen Unabhängigkeit und die sich nach Erlangen der Unabhängigkeit auftuende Frage, wie die gerade erlangte Freiheit vom englischen Mutterland erhalten und stabilisiert werden könne (1.1). Jeffersons im ersten Abschnitt zu seinem politischen Denken (1.2.1) dargelegte Vorstellung von der natürlichen Moralität des Menschen stellt gewissermaßen die Grundlage für seine anti-monarchischen Überzeugungen dar. Ob des Glaubens an die dem Menschen innewohnenden Kohäsionskräfte kann Jefferson in Abgrenzung zu alternativen Ordnungsvorstellungen nach dem Ende des Unabhängigkeitskriegs für ein System plädieren, in dem die Bürger ihre Geschicke weitestgehend kollektiv selbst lenken können (1.2.2). Gleichwohl, und hierauf geht der folgende Abschnitt ein (1.2.3), zeichnet die immer wieder aufgestellte These von Jefferson als radikaldemokratischem Denker ein zu einseitiges Bild. Tatsächlich teilte Jefferson die Überzeugungen seines langjährigen Freundes und Weggefährten James Madison hinsichtlich der mit der territorialen Größe der USA einhergehenden Notwendigkeit politischer Repräsentation. Hierbei votierte Jefferson keineswegs für ein deskriptives Repräsentationskonzept, sondern unterschied zwischen den »natural aristoi« in den politischen Ämtern auf überkommener Ebene und den von ihnen Repräsentierten. Gerade in Abgrenzung zur überkommenen Monarchie musste jedoch sichergestellt werden, dass tatsächlich die fähigsten Männer die politischen Ämter bekleideten und nicht, wie im ehemaligen Mutterland, eine artifizielle Aristokratie, deren Stellung sich auf Wohlstand und Herkunft, nicht aber auf Fähigkeiten gründete. Die im abschließenden Kapitel (1.2.4) vorgestellten Überlegungen Jeffersons zur politischen Ökonomie müssen dann als Versuch verstanden werden, die ökonomischen Strukturen in einer Weise auszugestalten, die eine notwendige Unabhängigkeit auf Seiten der einfachen Bürger beförderte, die Freiheitsrechte des Einzelnen – und somit auch das Recht auf Eigentum – unangetastet ließ und gleichzeitig verhinderte, dass sich ein US-amerikanisches Pendant zum englischen Adel herausbilden konnte.

Im Vergleich zum ausgehenden 18. Jahrhundert hatten sich die Vereinigten Staaten 1824, dem Jahr des ersten Versuchs Andrew Jacksons als Präsident ins Weiße Haus einzuziehen, weitreichend gewandelt. Ökonomisch war das

Land dabei, von der kleinräumig organisierten Agrarrepublik zur ausdifferenzierten Marktwirtschaft nationalen Ausmaßes zu werden; politisch hatte sich die noch zu Jeffersons Lebzeiten elitäre Republik in Richtung einer Demokratie des *common man* entwickelt (2.1). Beide Entwicklungen hatten erheblichen Einfluss auf das politische Denken der *Jacksonians*. Mit Blick auf die im engeren Sinne politische Sphäre zeigt der erste Abschnitt die von den *Jacksonians* imaginierte Vergewöhnlichung des politischen Prozesses (2.2.1). Nicht mehr besondere Fähigkeiten sollten politische Amtsinhaber auszeichnen. Vielmehr sollten politische Ämter und Prozesse derart simplifiziert werden, dass der gewöhnliche Bürger mit ihrer Besetzung beziehungsweise Ausführung betraut werden konnte. Als Wächter der US-amerikanischen Demokratie gegen etwaige aristokratische Angriffe fungierte aus Sicht der *Jacksonians* dann durchaus paradoxerweise der Präsident (2.2.2). Dieser sollte als letzte und von der gesamten Bürgerschaft legitimierte Instanz dafür Sorge tragen, dass aus einem einfachen und mit wenigen Kompetenzen ausgestatteten Regierungsapparat nicht eine aristokratische Maschinerie würde, mit Hilfe derer die Wenigen über die Vergabe von Gefälligkeiten die eigene Machtbasis zu Lasten des gewöhnlichen Volkes sichern konnten. Jenem Bestreben, die Regierungsgeschäfte möglichst einfach und durchschaubar zu halten, korrespondierte auf wirtschaftspolitischer Ebene, wie im dritten Abschnitt gezeigt wird, die Befürwortung eines strikten *laissez faire*-Prinzips (2.2.3), dessen symbolträchtigste Manifestation die Auseinandersetzung um die *Second Bank of the United States* und den geldpolitischen Kurs des Landes darstellt (2.2.4). Trotz ihrer Skepsis hinsichtlich einer künstlich – und dies meinte durch Regierungshandeln – forcierten gesellschaftlichen Entwicklung lassen sich die *Jacksonians* nicht umstandslos als Agrarier bezeichnen. Vielmehr lässt sich in ihrem politischen Denken eine zumindest zaghafte Aufwertung wichtiger werdender Produzentengruppen ausmachen, die der rasanten ökonomischen Transformation der USA in Ansätzen Rechnung trug (2.2.5).

Im so genannten *Gilded Age* (1877-1900) lösten sich die Vereinigten Staaten endgültig von der landwirtschaftlichen Entwicklungsstufe und wurden 1900 als größte Manufakturation der Welt geführt. Einher ging diese abermals rasante Transformation mit beispiellosen ökonomischen Konzentrationsprozessen, denen eine weitgehend tatenlose und auch durch die sektionalen Animositäten in der Nachfolge des Bürgerkriegs (1861-1865) gelähmte politische Führung gegenüberstand, die überdies von landesweit Aufmerksamkeit erregenden Korruptionsskandalen erschüttert wurde (3.1). In dieser Konstellation formierte sich der populistische Protest, der 1892 vorläufig in der Gründung

der *People's Party* mündete. Wenngleich die Populisten häufig als lediglich auf ökonomische Reformen zielende Protestbewegung porträtiert werden, zeigt der erste Abschnitt zu ihrem politischen Denken, wie zentral ihnen eine Reformierung des politischen Systems erschien. Die in dieser Arbeit vertretene Lesart versteht jene Reformvorschläge als Versuche, demokratische Entscheidungsfindungsprozesse auf den Weg zu bringen, die zum einen zu einer sachlichen Auseinandersetzung führen sollten, die die Populisten von der in Folge des Bürgerkriegs betriebenen symbolischen Politik abgrenzten, und die zum anderen eine gleichmäßige Berücksichtigung unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen gewährleisten sollten, die die Populisten durch die immer größer werdende Macht privatwirtschaftlicher Akteure unterminiert sahen (3.2.1-3.2.2). Jene Machtkonzentration begriffen die Populisten, wie zu zeigen sein wird, nicht länger als Resultat korrumpierender Regierungshandeln, sondern als Folge einer *laissez faire*-Politik, die im Zuge der ökonomischen Transformationsprozesse nicht länger als normatives Ideal fungieren konnte (3.2.3). Zur Verwirklichung des von ihnen so bezeichneten *cooperative commonwealth* bedurfte es vielmehr einer Ausdehnung der staatlichen Regelungskompetenzen, die noch für Jefferson und die *Jacksonians* als gleichbedeutend mit dem Niedergang bürgerschaftlicher Freiheit gesetzt worden war (3.2.4). Die vorliegende Arbeit schließt mit einem Fazit, in welchem anhand zentraler Themen und Vergleichskriterien die Ausführungen zum politischen Denken der jeweils diskutierten Akteure und Akteursgruppen in kondensierter Form dargelegt werden.